

›Frieden braucht Kriegsertüchtigung!‹ – wie der Bundeskanzler sich an Kants Friedensschrift vergreift

Anlässlich des 300. Geburtstages von Immanuel Kant fand am 22. April in Berlin eine zentrale Feier statt, um Kants »Person, sein Denken und dessen Bedeutung für eine konfliktreiche Gegenwart« zu würdigen. Den »Festakt« richtete die Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften aus. Als den alleinigen Festredner lud sie Bundeskanzler Olaf Scholz ein. Dieser nutzte die ihm günstig erscheinende Gelegenheit, um »Kants großartige Schrift *Zum ewigen Frieden* [...] aufs Neue zur Hand zu nehmen« (Scholz 2024, 2) und so zu interpretieren, dass eine gut beleumundete Rechtfertigung für die militärische Unterstützung der ukrainischen Regierung und für die politischen Ziele des Westens insgesamt herauskam. In der Kant'schen Schrift finde »sich vieles, was uns heute Orientierung und trotz allem auch Zuversicht geben kann« (Scholz 2024, 2). Die Ergebnisse seiner Recherche wolle er zum 300. Geburtstag des Philosophen vortragen. Scholz erntete ein begeistertes Presse-Echo: endlich mal keine betulich-akademische Festrede, sondern eine »harte« (!) politische Rede. Zustimmung erhielt Scholz sowohl für die kriegstreiberische Absicht als auch für seine Kant-Umdeutung. Doch niemand, auch nicht einmal einer der versammelten Kant-Professoren, überprüfte am Kant'schen Text, ob das überhaupt stimmt, was Scholz über Kants Friedensschrift vortrug. Die akademische Philosophengemeinde war – unterwürfig wie eh und je – auf Kriegskurs gegangen.

Aus der klassischen Rhetorik entstammt der Kniff, mit einem dem Auditorium als fraglos negativ, häufig gar als abschreckend präsenten Beispiel anzufangen, um auf solchem Hintergrund die eigene Position ins rechte Licht zu rücken. In diesem Sinne begann Scholz seine Festrede zu Kant damit, über Putin zu sprechen. Der russische Präsident habe kundgetan, Kant sei »einer seiner Lieblingsphilosophen« (Scholz 2024, 3). Noch im Jahre 2005 habe Putin vorgebracht, dass Kant »ein kategorischer Gegner der Beilegung zwischenstaatlicher Streitigkeiten durch Krieg« (Scholz 2024, 3) gewesen sei. »[A]n diesen Teil seiner Lehre« wolle er, Putin, sich halten und dazu beitragen,

die von Kant dargelegte »Vision« eines ewigen Friedens in der heutigen Generation zu verwirklichen. Diese Putin-Zitate, in denen Putin seine Anerkennung für Kants Philosophie ausdrückte, dienten Scholz als Auftakt. Ohne weitere Erläuterungen war den Zuhörern klar, dass Putins Anerkennung für Kant geheuchelt sein müsse. Auf diese Weise bestärkte Scholz sein Auditorium in dessen Voreingenommenheit und präsentierte einen neuen Beleg dafür, dass man Putin kein Wort glauben könne, dass er ein notorischer Lügner sei und nicht einmal Respekt vor dem großen Philosophen Kant habe. Dessen Werk dürfe, so beteuerte Scholz, »in den Umwälzungen der Gegenwart nicht unter die Räder kommen« (Scholz 2024, 2f). Der Boden war bereitet für die Schlussfolgerung, dass er, Scholz, Kant vor dem skrupellosen Zugriff Putins bewahre, und für die implizite Botschaft, dass er, Scholz, weder so verlogen wie Putin sei noch den Philosophen für finstere Zwecke vereinnahme. Im Gegensatz zu Putin präsentiere er, Scholz, den wahren Kant. Doch Scholz steht Putin in nichts nach. Auch bei Scholz kommt Kant »unter die Räder«. Kann man nachweisen, dass die Kant-Darstellung von Scholz, welche von allen Journalisten bereitwillig übernommen und in popularisierter Form verbreitet wurde, explizit falsch ist, mehr noch: dass Kant genau für das Gegenteil dessen eintritt, was Scholz aus ihm zu machen versucht, dann wird ersichtlich, von welcher Art diese Macht ist, die hinter dem Kriegsvorbereitungsprogramm steht. Das Vorhaben muss groß sein, wenn der große Philosoph ziemlich rabiat uminterpretiert wird, um ihn so als den ideellen Unterstützer der gegenwärtigen Kriegspolitik präsentieren zu können.

Kant: Jeder Krieg widerspricht dem moralischen Gesetz

Den »Zweiten Abschnitt« seiner Schrift *Zum ewigen Frieden* beginnt Kant mit der Feststellung, dass die Staaten untereinander im »Naturzustand« sich befinden, dass dieser aktuell oder potentiell ein Zustand des Krieges zwischen ihnen sei und dass deswegen Frieden *gestiftet* werden müsse. »Der Friedenszustand zwischen Menschen, die neben einander leben, ist kein Naturstand (*status naturalis*), der vielmehr ein Zustand des Krieges ist, d. i. wenn gleich nicht immer ein Ausbruch der Feindseligkeiten, doch immerwährende Bedrohung mit denselben. Er muß also *gestiftet* werden [...]« (Kant 1968a, 348f). Wie aber, so fragt Kant, könne der so bitter nötige Frieden gestiftet werden? Und: Von wem? In einem ersten Schritt sei die Vorfrage erörtert: Wie geht eine solche Friedens-Stiftung definitiv nicht? Der »Naturzustand« ist ein gesetzloser Zustand. Ein solcher könne nicht dadurch

überwunden werden, dass Staaten Kriege führen und wähen, durch kriegerische Handlungen gegeneinander, die doch ein Signum des »Naturzustandes« zwischen den Staaten seien, so etwas wie Recht und die Überwindung des »Naturzustandes« herstellen zu können. Es könne, so Kant, keinen legitimierte Gerichtshof geben, der über den Staaten stehe und der die kriegerischen Handlungen des einen Staates als rechtens, die des anderen als nicht rechtens beurteile. Nichtsdestotrotz heften die Staaten ihren eigenen kriegerischen Handlungen das Etikett ›rechtmäßig‹ an, während sie im gleichen Atemzug die kriegerischen Handlungen des Feindes als ›unrechtmäßig‹ titulieren. Wenn Staaten Kriege führen, gerieren sie sich nicht selten als Friedensstifter. Bereits Augustinus empfahl, als Ziel des Kriegführens die Herstellung eines ›gerechten‹ Friedens zu verkünden. Allein so könne der Krieg als in philosophischem Sinne ›gerecht‹ beurteilt werden. Am Beispiel: Der Westen spricht vom unrechtmäßigen Krieg Russlands (›völkerrechtswidrig«, »Angriffskrieg«), behauptet hingegen, das Vorrücken der NATO-Truppen an die russische Westgrenze sei rechtmäßig. Die militärische Bedrohung Russlands durch den Westen gebe es gar nicht, sei vielmehr eine Einbildung, wenn nicht gar böswillige Projektion Russlands. Die russische Regierung streitet ab, dass die militärische Intervention in der Ukraine unrechtmäßig sei und behauptet hingegen, die Bedrohung Russlands durch die NATO sei aggressiv und ergo unrechtmäßig.

Das wechselseitige Titulieren der jeweiligen kriegerischen Handlungen des Feindes als ›unrechtmäßig‹ führt nur dazu, dass auf beiden Seiten die kriegerischen Handlungen mit vermeintlich gutem Gewissen forciert werden. Dagegen setzt Kant: »Das Recht der Menschen muß heilig gehalten werden, der herrschenden Gewalt mag es auch noch so große Aufopferung kosten.« (Kant 1968a, 380) Die Staaten sollen, so Kant, ihre Machtansprüche aufopfern. Jeder Krieg, da in ihm von der jeweiligen Staatsführung unterworfenen Menschen gezwungen werden, andere Menschen zu töten sowie selbst getötet zu werden, widerspreche dem moralischen Gesetz – nicht minder jede Drohung mit Krieg. Deswegen könne der wahre (›ewige‹) Frieden, das Endziel einer vom moralischen Gesetz geleiteten Menschheit, grundsätzlich nicht durch Krieg erreicht werden. Vielmehr entfernen sich die kriegführenden Parteien durch jeden von ihnen neu angezettelten Krieg und durch jede Drohung mit Krieg immer mehr von jenem Endziel. *Jeder* Krieg sei unrechtmäßig und sollte nicht von den Staatsführungen als ›gerechter‹ Krieg apostrophiert, auf diese Weise gerechtfertigt und als Mittel

zur Erlangung des Friedens ausgegeben werden (in früheren Zeiten drückten Staatsführer und ihre philosophischen Unterstützer sich vornehm-edel so aus: ›si vis pacem para bellum!‹ Heutzutage tönt es von Pistorius bis zu von der Leyen in vielen Variationen: ›Frieden braucht Kriegsertüchtigung!‹), was allerdings für fast jede kriegführende Partei zutrefte. Genau dies verschlimmere das »heillose[] Kriegführen« (Kant 1968b, 354) nur noch. Hinzu komme, dass jeder Krieg den Keim von neuen Kriegen in sich trage. Sei nämlich ein Krieg durch die Erschöpfung der militärischen Kräfte oder durch die militärische Niederlage einer Seite zu einem Ende gekommen (in einem Waffenstillstand oder einem vorläufigen Friedensvertrag), dann werde die unterlegene Partei bei der ersten günstigen Gelegenheit danach trachten, die Feindseligkeiten wiederaufleben zu lassen, indem die geschlossenen Friedensverträge auf implizite Kriegsgründe hin interpretiert werden (vgl. Kant 1968a, 344). Beispiel dafür sind die Israel-Kriege der letzten 75 Jahre: Angefangen mit der Nakba bis hin zu dem gegenwärtigen Gaza-Krieg gab und gibt Israel seine Kriegshandlungen als ›gerecht‹, i. e. als aufgezwungene und berechtigte Selbstverteidigung, aus. Die überlegene militärische Macht Israels kann für Phasen des ›Friedens‹ sorgen. Doch jeder israelische Krieg setzte den Keim für neue Kriege.

Wenn nun die Kriege führenden Staaten durch ihr Kriegführen einen Frieden grundsätzlich nicht herbeiführen können, mögen sie auch diese ihre Kriege als ›gerecht‹ ausgeben und rechtfertigen, wie, wodurch und durch wen kann dann ein wahrhafter Frieden gestiftet werden? »Nun spricht die moralisch-praktische Vernunft in uns ihr unwiderstehliches Veto aus: *Es soll kein Krieg sein*; weder zwischen Mir und Dir im Naturzustande, noch zwischen uns als Staaten, die, obzwar innerlich im gesetzlichen, doch äußerlich (im Verhältniß gegen einander) im gesetzlosen Zustande sind; – denn das ist nicht die Art, wie jedermann sein Recht suchen soll.« (Kant 1968b, 354) Kant argumentiert, es sei unmöglich, einen wahrhaften Frieden dadurch zu stiften, dass man einen Krieg führt, mag dieser wie auch immer etikettiert sein (und welcher Staat behauptet schon von den von ihm geführten Kriegen, diese seien ungerecht? – Nach eigenen Angaben führen Staaten immer nur ›Verteidigungskriege‹). Des Kant'schen Arguments ungeachtet behauptet der Kant-Festredner Scholz, der Westen (die NATO, die USA, Deutschland) stifte Frieden dadurch, dass er einen ›Verteidigungskrieg‹ gegen Russland führe – durch die Waffenlieferungen und insgesamt durch die Unterstützung (›so viel und so lange wie notwendig‹) der Ukraine, die diesen

Krieg stellvertretend für die westlichen Interessen und die ›westlichen Werte‹ führt, ein Stellvertreterkrieg, der für die USA die Funktion hat, in der sich abzeichnenden Verschärfung der Konfrontation mit China einen Bündnispartner Chinas entscheidend zu schwächen – eine zusätzliche Bedeutung von ›Stellvertreterkrieg‹. Kant beweist hieb- und stichfest, dass solcherart ›Frieden-Stiften durch Krieg‹ mit dem moralischen Gesetz unvereinbar ist und deswegen der wahrhafte (bei Kant: ewige) Frieden nicht nur nicht herbeigeführt, sondern vielmehr blockiert und verhindert wird. Nun mag es ja sein, dass der deutsche Bundeskanzler Scholz die Kant'sche Schrift *Zum ewigen Frieden* nicht genau gelesen hat. In diesem Falle beweist er ein für Politiker typisches Draufgängertum, die von ihm forcierte Kriegsbeteiligung Deutschlands, welche erkennbar dem Kant'schen moralischen Gesetz widerspricht, als Konsequenz aus der Kant'schen Philosophie hinzustellen. Es wirft ein Licht auf den Zustand des gegenwärtigen Wissenschaftsbetriebs, dass die anwesenden Professoren und Kant-Spezialisten zu den Kant-verfälschenden Aussagen des politischen Festredners schwiegen.

Scholz über Pazifisten: »gefallene Engel aus der Hölle«

Kants »*Es soll kein Krieg sein*« ist ein unbedingt geltender (›kategorischer‹) Imperativ, der in der moralischen Vernunft gründet. Dieser Imperativ verstattet weder Ausnahmen noch sind Bedingungen denkbar, unter denen er ausgesetzt sein könnte. Kant sieht in diesem Imperativ, in der Reflexion auf die Gründe für diesen Imperativ und in dem Impuls, der aus dieser Reflexion entspringt, die einzige Möglichkeit, um »dem heillosen Kriegführen, worauf als den Hauptzweck bisher alle Staaten ohne Ausnahme ihre innere Anstalten gerichtet haben, ein Ende zu machen.« (Kant 1968b, 354) Alle Staaten ohne Ausnahme haben bisher »ihre innere Anstalten« auf das »heillose[] Kriegführen« als ihren Hauptzweck gerichtet – dagegen mit einem kategorischen, in vernünftiger Moral gründenden Imperativ anzugehen, darin liegt Kants unbedingter Pazifismus. Klipp und klar gilt: Mit Kants Philosophie ist jegliche Befürwortung von Kriegen unvereinbar. Nun wurde von der Berlin-Brandenburgischen Akademie just der deutsche Bundeskanzler als Festredner zum 300. Geburtstag von Kant auserkoren. Nicht verwundert es, dass Scholz, der Aufrüstung und Kriegsertüchtigung vorantreibt, in Pazifisten, ob sie sich nun auf Kant, Jesus oder Gandhi berufen, die deutsche Kriegspolitik störende, vielleicht gar gefährdende Opponenten sieht – mehr noch: Unlängst

bezeichnete Scholz Pazifisten, die gegen Deutschlands Kriegsbeteiligung protestierten, als »gefallene Engel aus der Hölle«. Scholz zufolge müssten Kant (und die anderen Genannten) mittlerweile in der Hölle beheimatet (oder dorthin zu wünschen) sein. Obendrein, so Scholz, seien jene auf Kant (und all die Anderen) sich beziehende Pazifisten zwar einstmals Engel gewesen, inzwischen aber »gefallen« (wodurch? durch den Fortschritt der kapitalistischen Produktionsweise?) und damit zu Teufeln geworden (ob das für Kant und Jesus selbst auch gilt?). Der Himmel (auf Erden) dagegen, der sei das Ziel des gerechten Kriegs der NATO und deren wahrhaft engelsgleichen Krieger, welchem Ziel man »in kontinuierlicher Annäherung« (Scholz 2024, 10) verpflichtet sei – so der die Guten und die Bösen, die Engel und die zu bekämpfenden Teufel sortierende Festredner zu Kants 300. Geburtstag. Es ergibt sich ein verblüffendes Resultat. Scholz, der eine Zeitenwende hin zur Kriegsvorbereitung Deutschlands einleitete, befürwortet Kriege für den »guten Zweck« (für »humanitäre Interventionen« und gegen den »bösen« Putin). Dabei ist es Scholz wichtig, sich auf Kant zu berufen, ja eine Eloge auf ihn zu halten. Kants Philosophie aber weist solche Kriegsbefürwortung strikt zurück. Deswegen ist jene Eloge ein Meisterwerk politischer Verführungskunst; deswegen lohnt es, den Text der Scholz-Rede zu analysieren. Dieser Text ist nichts weniger als eine mangelbehaftete Seminararbeit eines Kant schlampig lesenden Studenten. Vielmehr dokumentiert sie die vom Kanzler gekonnt herbeigeführte Gedankenverwirrung (bei sich selbst (?) und bei dem Auditorium). Scholz instrumentalisiert die Friedensschrift und verfälscht sie dabei: er verkehrt deren Gehalt in dessen Gegenteil. Dann, das Renommé des Königsberger Philosophen nutzend, *preist* er diese Schrift, als ob sie für die von ihm erzeugte Verkehrung ihres Gehalts, die Rechtfertigung von Kriegspolitik, stünde. Ein solcher Wirt-Sinn hat Methode. Es geht Scholz um nichts Geringeres als darum, die Kriegsertüchtigung Deutschlands mit dem Terminus »Frieden« dick zu überschreiben. – Auf einem Wahlplakat zur Europawahl wird ein Großphoto von Scholz mit einem einzigen Wort und in großen Buchstaben unterlegt: »FRIEDEN«. In einem gewissen Sinne stimmt das Plakat. Eskalieren Scholz u. a. den peu à peu und mittels ukrainischem Stellvertreter begonnenen NATO-Krieg gegen Russland immer weiter, dann werden sie Frieden herbeiführen, nämlich »den ewigen Frieden [...] auf dem großen Kirchhofe der Menschengattung« (Kant 1968a, 347). Kant strebte unter »ewigem Frieden« freilich einen anderen an.

Der methodische Wirt-Sinn hat noch einen weiteren Effekt von nicht zu überschätzender Tragweite. Angenommen, Jemand folge den Ausführungen des Kanzlers, die darauf hinauslaufen, einen Einklang zwischen Kants Schrift *Zum ewigen Frieden* und dem NATO-Krieg, der schließlich auf Frieden abziele, herzustellen. Und angenommen, dieser Jemand scheue die Mühe, bei Kant genau nachzuschauen, und vertraue auf die intellektuelle Redlichkeit des Kanzlers. Wenn dieser Jemand in seinem Innersten davon überzeugt ist, dass diese Kriegspolitik verkehrt ist, und zwar verkehrt in einem moralischen Sinne, dann wird er sich, verführt letztlich durch des Kanzlers Rede, von Kant mit Schauern abwenden und ihn für einen geistigen Unterstützer, wenn nicht Wegbereiter für den NATO-Krieg halten. Analog: Im Juni 1941 rückten deutsche Truppen nach Osten vor. Den Angriff auf die Sowjetunion rechtfertigte die deutsche Heeresleitung als den zur Verteidigung Deutschlands notwendigen Vernichtungskrieg zur endgültigen Zerstörung des Bolschewismus (genannt: »das Unternehmen Barbarossa«). Die katholische und die evangelische Kirche segneten diesen Krieg und mit ihm die Produktion und Lieferung von Waffen. Es gehe, so hieß es, darum, sich gegen den gottlosen Bolschewismus und »die Russen« zu verteidigen. Einige Christen, die in ihrem Innersten wussten, dass dies verkehrt war, wandten sich von den Kirchen ab und wurden zu Atheisten. Doch aus der Bergpredigt folgt nicht, so wenig wie aus Kants moralischem Gesetz, die Rechtfertigung des kriegerischen Tötens und des Vernichtens des zum »bösen« Feind gestempelten Russen. Gegenwärtig bezahlen Hunderttausende Menschen in der Ukraine mit ihrem Leben für die von Scholz u. a. durchgesetzte NATO-Kriegspolitik. Mit seiner Kant-Eloge opfert Scholz auch noch die Wahrheit der Kant'schen Philosophie. Deswegen ist es nötig, diese Rede unter die Lupe zu nehmen.

Kant: Ohne sofortige Abrüstung ist Frieden ausgeschlossen

In seiner Schrift *Zum ewigen Frieden* geht Kant von der nüchtern-kühlen Feststellung aus, dass Staaten, betrachtet man ihr Verhältnis untereinander, im »Naturzustand« sich befinden, welcher eben »naturgemäß« das jederzeit aktualisierbare Potential für kriegerische Feindseligkeiten in sich birgt. Mit dieser seiner Feststellung wischt Kant vom Tisch, was die Staaten als ihre »moralischen« Begründungen für das massenhafte Töten vorbringen wie: es gehe beim Kriegführen darum, einen (gerechten) Frieden zu sichern oder zu erlangen (vgl.

Strack-Zimmermann: »Frieden braucht Verteidigung«) oder einen »ungerechten« Feind zu bestrafen usw. Gegen solch vorgetäuschte Moralität, die in Wahrheit die Verletzung des fundamentalen moralischen Gesetzes beinhaltet, setzt Kant, was für das potentiell kriegerische Verhältnis zwischen den Staaten als der alleinige, aus moralischer Vernunft begründete Imperativ gelten kann: Das Kriegführen zwischen Staaten soll (endlich) aufhören! Frieden soll (endlich) sein! (Bereits 1795 urteilte Kant: Der Kriege waren es schon viel zu viele!) Doch bei dem unwiderstehlichen Veto – *es solle kein Krieg mehr sein!* – bleibt Kant nicht stehen. Er entwickelt Bedingungen (notwendige, nicht hinreichende) für den ab sofort und bitter nötig einzuschlagenden Weg zum Frieden. Diese Bedingungen nennt er »Präliminarartikel« oder »*Verbotgesetze (leges prohibitivae)*« (Kant 1968a, 347), welche nicht zuletzt an die Machthaber in den Staaten sich richten, welche zuallererst eingehalten werden müssten und ohne welche der Weg zu einem wahrhaften Frieden versperrt sei. Diese »Präliminarartikel« sind von Kant als notwendig erachtete, antizipierte Materialisationen, ohne die jenes Veto der moralisch-praktischen Vernunft abstrakt und ohne Bezug zur Wirklichkeit bliebe, wodurch die Vernunft sich selbst aufhöbe. Daran, ob diese Bedingungen in der Wirklichkeit angegangen werden oder nicht, lässt sich urteilen, ob hinter der wohlfeilen Beteuerung, man wolle ja Frieden, tatsächlich moralisch-praktische Vernunft steckt oder ob Kriegstreiber sich als Friedensengel tarnen. *Nota bene!* – heutzutage tritt der Teufel nicht mehr mit Hörnern und Pferdefuß auf. So verwundert es nicht, dass der Festredner diese notwendigen Bedingungen auf dem Weg vom abstrakten »Es soll kein Krieg mehr sein!« hin zum wahrhaften Frieden verschweigt. Um den Engelsschleier, mit dem sich politische Falschmünzer umhüllen, wenn sie ihre NATO-Kriegspolitik als Friedensstiftung verkaufen, zu lüften, seien einige der Kant'schen »Präliminarartikel« erörtert.

Der dritte »Präliminarartikel«, aus welchem Scholz zwar ein Satzfragment herausgreift, den Tenor aber dem Auditorium vorenthält, lautet: »3. »Stehende Heere (*miles perpetuum*) sollen mit der Zeit ganz aufhören.« Denn sie bedrohen andere Staaten unaufhörlich mit Krieg durch die Bereitschaft, immer dazu gerüstet zu erscheinen; reizen diese an, sich einander in Menge der Gerüsteten, die keine Grenze kennt, zu übertreffen, und indem durch die darauf verwandten Kosten der Friede endlich noch drückender wird als ein kurzer Krieg, so sind sie selbst Ursache von Angriffskriegen, um diese Last loszuwerden [...]« (Kant 1968a, 345). Angewandt auf die heutigen Zeiten: Das ständige Aufrüsten, die

Technologie-Sprünge bei den Waffensystemen (die reichlich kostenintensiv sind; gegenwärtig werden veraltete Waffensysteme an die Ukraine abgegeben, die auf diese Weise entsorgt werden und die Möglichkeit eröffnen, neu bei Rheinmetall zu bestellen und mit einem ›Sondervermögen‹ zu bezahlen), hunderttausende ständig unter Waffen gehaltene, kriegstauglich gemachte und entsprechend angestachelte Soldaten bedrohen den Feind (in diesem Falle die Russische Föderation). Deren Staatsführung registriert die anwachsende Bedrohung (immerhin sind in dem kurzen Zeitraum von 20 Jahren die »ständige[n] Heere« der NATO Hunderte von Kilometer immer näher an die russische Grenze herangerückt; der russischen Föderation war zugesagt worden, die NATO-Truppen verblieben hinter der ehemaligen Grenze BRD-DDR; der Westen brach diese Zusage; inzwischen ist die Russische Föderation von NATO-Truppen umzingelt) und reagiert darauf, indem sie ihrerseits aufrüstet, was der Westen wiederum als Bedrohung interpretiert und so ad infinitum. Aufgrund des Mechanismus, dass eine militärisch unterfütterte Bedrohung Angst bei der bedrohten feindlichen Seite erzeugt und dass diese Angst vor der Bedrohung beim Bedrohten die Erhöhung von dessen eigenem Bedrohungspotential initiiert usw., kennt die Aufrüstung, wie Kant helllichtig bemerkt, »keine Grenzen«. Der deutsche Bundeskanzler behauptet in seiner Kant-Festrede, die russische Regierung unterstelle »Bedrohungen Russlands, die es nicht gibt.« (Scholz 2024, 4) Scholz weiß um die Aufrüstung Deutschlands, welche er mit dem ›Sondervermögen‹ von 100 Milliarden € noch zusätzlich befeuerte, er weiß von den programmatischen Erklärungen des Verteidigungsministers, die deutsche Armee ›kriegstüchtig‹ zu machen, er weiß um die ›Kriegsspiele‹ seiner Generäle, die überlegen, mit welchen Waffen welche Ziele auf russischem Territorium angegriffen werden können. Mithin behauptet Scholz von einem Seienden, von dem er erwiesenermaßen weiß, dass es sei, es sei nicht. Zudem urteilt Scholz, die russische Regierung irre, wenn sie von der seienden Bedrohung durch die NATO behauptet, diese sei tatsächlich, und fordert, sie solle sagen, diese Bedrohung sei nicht – wahrlich ein guazzabuglio im Kopf des deutschen Kanzlers. Doch statt seinen Satz von der nicht-existenten Bedrohung Russlands zu überdenken, setzt er auf einen Schelmen anderthalbe: Dass die russische Regierung behaupte, Russland werde von der NATO militärisch bedroht, belege »die ungute Angewohnheit [Putins; U.R.], ›böse Absichten an anderen [an dem aufrüstenden und immer weiter vorrückenden Westen; U.R.] zu erklügeln« (Scholz 2024, 4) –

wie es Scholz, dabei in Kants Sprache schlüpfend, formuliert und so die verbale Konfrontation auf die Spitze treibt: Putin beweise seine Bösartigkeit dadurch, dass er in der Aufrüstung der NATO eine Bedrohung sehe, wo es doch eine Bedrohung Russlands durch die NATO gar nicht gebe.

Gegen ein solches Durcheinander der Gedanken des Bundeskanzlers sei an Kants klare Aussage erinnert: Die Staaten bedrohen sich wechselseitig mit Krieg allein schon durch die Aufrüstung auf beiden Seiten. Solle es zum Frieden kommen, dann müsse auf beiden Seiten abgerüstet werden, und zwar sofort und so schnell wie möglich. Das ist der Sinn des Kant'schen dritten »Präliminarartikels«, welchen Scholz seinem Auditorium wohlweislich vorenthielt. Erinnert sei an den von Gorbatschow bereits 1985 unterbreiteten Vorschlag, ein »gemeinsames Haus Europa« zu errichten, i. e. eine Föderation der europäischen Staaten vom Atlantik bis zum Ural. Innerhalb von fünf Jahren sollten die nuklearen Waffenarsenale halbiert, binnen der nächsten fünf Jahre ganz vernichtet werden. NATO und Warschauer Pakt sollten aufgelöst und ein Sicherheitssystem für das »gemeinsame Haus Europa« vereinbart werden, in welchem die Sicherheit eines Staates mit der Sicherheit der Nachbarstaaten verknüpft werde. Gorbatschows Vorschlag, auf eine europäische Friedensordnung zielend und deutlich erkennbar auf den dritten »Präliminarartikel« Kants rekurrierend, wurde vom Westen mit weiterer Aufrüstung und damit beantwortet, NATO-Truppen von der Elbe an die Oder, von der Oder an die Weichsel und von da an die Westgrenze Russlands vorrücken zu lassen, was die Atmosphäre des Kalten Krieges wiederbelebte. Der Westen, zu Feierstunden regelmäßig und pharisäisch auf Kant sich berufend, verletzte das Kant'sche Verbotsgesetz – im Gegensatz zu dem Generalsekretär der KPdSU, der es achtete, Abrüstung vorschlug und nach einem Jahrhundert der Weltkriege eine Perspektive auf Frieden in Europa zu eröffnen versuchte. Doch der Westen wollte definitiv keinen Frieden. Nach dem Kalten Krieg waren die USA als die einzige Weltmacht verblieben. Zynisch, wie sie sind, sahen sie in Gorbatschows Friedensvorschlag weniger ein den dritten »Präliminarartikel« befolgendes Tun, als vielmehr eine günstige Gelegenheit, ihre Vorherrschaft im eurasischen Raum auszubauen und zu zementieren. Russland sollte entscheidend geschwächt werden, nicht zuletzt, indem die Ukraine als gegen die Russische Föderation opponierende Macht aufgebaut und in Stellung gebracht wurde (vgl. Brzeziński (1997): *Die einzige Weltmacht: Amerikas Strategie der Vorherrschaft*). Es war dann die NATO, die im

Jahre 1999 mit der Bombardierung Belgrads – der Sache nach ein völkerrechtswidriger Angriffskrieg seitens der NATO, von ihr freilich als ein ›gerechter Krieg‹ bezeichnet und als ›humanitäre Intervention‹ mit bedauerlichen ›Kollateralschäden‹ gerechtfertigt – das ›gemeinsame Haus Europa‹ endgültig in Schutt und Asche legte. Gorbatschows Vorschlag ist heute, angesichts des Ukraine-Kriegs, so aktuell wie er 1985 war. Gleiches gilt für Käthe Kollwitz' »Nie wieder Krieg« von 1924 (zum 10. Jahrestag des Beginns des 1. Weltkriegs) und für Kants »*Es soll kein Krieg sein*« von 1795. Dass die führenden westlichen Politiker jenen Vorschlag vergessen machen wollen, erklärt sich aus deren Unterordnung unter die Vorgaben aus Washington. Aber es wäre doch, so denkt man, die Aufgabe einer freien Presse, an jenen Vorschlag zu erinnern und daran, dass die NATO mit Bomben auf einen Friedensvorschlag antwortete, mehr noch, nachzufragen, warum die herrschenden Politiker diesen Vorschlag aus dem Gedächtnis zu tilgen versuchen. Nichts von solchen Fragen in den deutschen Medien. Die sogenannte ›Vierte Gewalt‹ hat sich in Regierungspropaganda verwandelt.

Kant: Unterhalten Staaten eine Armee, verstoßen sie gegen das moralische Gesetz

In demselben dritten »Präliminarartikel« führt Kant ein weiteres Argument gegen das Aufrechterhalten von »ständige[n] Heere[n]« an: »[...] zum Töden oder getötet werden in Sold genommen zu sein, [scheint; U.R.] einen Gebrauch von Menschen als bloßen Maschinen und Werkzeugen in der Hand eines Andern (des Staats) zu enthalten [...], der sich nicht wohl mit dem Rechte der Menschheit in unserer eigenen Person vereinigen läßt.« (Kant 1968a, 345) Solange es »stehende Heere« gebe, solange werden Menschen zum Töten und zum Getötet-Werden instrumentalisiert. Solche Instrumentalisierung verletze das moralische Gesetz. Aufgrund dessen werde der Weg zum Frieden, welcher allein unter der leitenden Idee des moralischen Gesetzes gegangen werden könne, blockiert. Aus der oben ausführlich wiedergegebenen Kant'schen Passage zitiert Scholz das Satzfragment »Gebrauch von Menschen als bloßen Maschinen und Werkzeugen« (Scholz 2024, 8). Auf Kant bezugnehmend – die Menschen sollen nicht als »nach Belieben zu handhabende Sachen gebraucht und verbraucht« (Scholz 2024, 5) werden – behauptet Scholz, allein durch Putin und die russischen Befehlshaber werde das moralische Gesetz Kants, in jedem einzelnen Menschen die Idee der Menschheit

jederzeit zugleich als Zweck, niemals bloß als Mittel zu gebrauchen (vgl. Kant 1968c, 429), verletzt. Kein Wort verliert Scholz jedoch über das »zynische Verheizen« (Scholz 2024, 8) der ukrainischen Soldaten durch die ukrainischen Befehlshaber und mittelbar durch den Westen, wo die ukrainische Führung doch selbst sagt, der Westen liefere ›uns‹ die Waffen, ›wir‹ liefern die Menschen. Nota bene! – das von Kant begründete Verbotsgesetz (eine *lex prohibitiva*) gilt allgemein, nicht nur für die russische Seite. »Warum siehst du den Splitter im Auge deines Bruders, aber den Balken in deinem Auge siehst du nicht? [...] Du Heuchler! Zieh zuerst den Balken aus deinem Auge, dann kannst du versuchen, den Splitter aus dem Auge deines Bruders herauszuziehen.« (Neue Jerusalem Bibel 2007, Mt. 7, 3-5)

Kants Warnung: Wer das »Vertrauen auf die Denkungsart des Feindes« zerstört, riskiert einen Vernichtungskrieg

Im sechsten »Präliminarartikel« formuliert Kant ein weiteres Verbotsgesetz, das, soll der Weg zum wahren Frieden durch alle gegenwärtigen Feindseligkeiten hindurch offen bleiben, unbedingt eingehalten werden müsse. »6. ›Es soll sich kein Staat im Kriege mit einem anderen solche Feindseligkeiten erlauben, welche das wechselseitige Zutrauen im künftigen Frieden unmöglich machen müssen [...]‹. [...] Denn irgend ein Vertrauen auf die Denkungsart des Feindes muß mitten im Kriege noch übrig bleiben, weil sonst auch kein Friede abgeschlossen werden könnte, und die Feindseligkeit in einen Ausrottungskrieg (*bellum internecium*) ausschlagen würde.« (Kant 1968a, 346) Gegenwärtig ist freilich zu beobachten, dass die deutschen Politiker allenthalben, mal fahrlässig, mal absichtsvoll, das »Vertrauen auf die Denkungsart des Feindes« (gemeint: Putin) zerstören, und zwar sowohl bei sich selbst als auch bei der deutschen Bevölkerung. Sie zetteln eine Hetze sondergleichen gegen den russischen Präsidenten an, von dem sie behaupten, er sei von Kopf bis Fuß ein Dämon, er verkörpere geradezu das Böse. Sicherheit in Europa könne (und solle) es nicht *mit* Russland geben, so wie es Gorbatschow mit dem ›gemeinsamen Haus Europa‹ vorschlug, sondern *gegen* Russland. Die maßgeblichen deutschen Politiker modellieren ein fiktionales Gebilde namens ›westliche Werte-Gemeinschaft‹, ohne rational angeben zu können, worin das Gemeinschaftliche denn liege und welche ›Werte‹ präzise gemeint seien, wobei trotz solch diffuser Bestimmung allerdings feststeht, dass aus dieser ›Werte-Gemeinschaft‹ Russland ausgeschlossen sei oder

ausgeschlossen werden müsse. Russland, folgt man dieser Propaganda, gehöre auch nicht zu Europa, weder das Land noch die Menschen noch die Kultur – Tolstoi, Dostojewski, Tschaikowski und vielen anderen zum Trotz. In seiner Kant-Rede spricht Scholz, spürbar fremd geworden der Willy-Brandt-SPD, dem russischen Präsidenten einen »Vernichtungswillen [zu; U.R.], wie ihn in seiner schier Maßlosigkeit wohl die wenigsten von uns im Europa des 21. Jahrhunderts noch für möglich gehalten hätten« (Scholz 2024, 5) und geht damit einen qualitativ neuen Schritt in der Ausgrenzung aus dem »Europa des 21. Jahrhunderts« und in einer sich hineinsteigernden Denunziation der Denkungsart des Feindes. Ein »schiefer maßloser« »Vernichtungswille«, das ist ein radikal böser, irreparabel verderbter Wille, der sich von der Möglichkeit, durch Vernunft bestimmt zu werden, unwiderruflich verabschiedet habe, dem die Vernichtung von Menschen quasi »zur Natur« geworden sei und dem deswegen die Reflexion darauf, die Menschheit sowohl in der eigenen als auch der eines jeden anderen zu achten, »von Natur aus« unmöglich sei. Es steht zu befürchten, dass, wenn der deutsche Bundeskanzler zu Protokoll gibt, dass sein Vertrauen in die Denkungsart des russischen Präsidenten irreparabel zerstört sei, dann umgekehrt das russische Vertrauen in die Denkungsart des deutschen Bundeskanzlers, der einen solch heftigen Angriff auf die vernünftige Integrität einer Person unternimmt, erodiert. Doch unabhängig davon, was Putin über die Denkungsart des deutschen Bundeskanzlers denken mag, dass Scholz dem russischen Präsidenten einen Vernichtungswillen zuschreibt, affiziert nicht zuletzt den Willen des Zuschreibenden selbst. Der Weg vom Zuschreiben eines Vernichtungswillens zum Vernichten dieses Vernichtungswillens ist nämlich nicht weit. Am Beispiel der deutschen Außenministerin Baerbock: Hasserfüllt und freudig-triumphierend in die Zukunft schauend prognostizierte sie als Wirkung der von ihr gerade mitbeschlossenen westlichen Sanktionierungsmaßnahmen: »Das wird Russland ruinieren!«

Die Zerstörung des »Vertrauen[s] auf die Denkungsart des Feindes« bedeutet, dass eine der Kriegsparteien zunächst bei sich das Potential für das moralische Gesetz ramponiert und dann, vermittelt in folgenschwerer Wechselwirkung gegenseitiger Provokationen, auch das Potential bei der feindlichen Partei. Diese Ramponierung eines Ideellen ist nicht zu überschätzen. Obendrein hat sie eine verhängnisvoll-düstere Folge in der Wirklichkeit: Das eh schon »heillose[] Kriegführen« (Kant 1968b, 354) gehe, wie Kant ebenso hellichtig wie warnend

hervorhebt, in einen »Ausrottungskrieg« (Kant 1968a, 346) über. Dieser impliziere »Vertilgung«, die beide Kriegsparteien »zugleich und mit dieser auch alles Recht[] treffen« könne und die »den ewigen Frieden nur auf dem großen Kirchhofe der Menschengattung statt finden lassen würde.« (Kant 1968a, 347) Die moralische Depravierung, die in der fahrlässig oder mutwillig selbst herbeigeführten Zerstörung des »Vertrauen[s] auf die Denkungsart des Feindes« liegt und wovon Scholz' Kant-Rede ein Dokument, bedingt das Hineinschliddern in einen (atomaren) Weltkrieg. Bereits 1795 hatte Kant den fatalen Zusammenhang zwischen der durch die Ramponierung eines Ideellen gesetzten moralischen Depravierung und der aufgrund dessen drohenden realen Vernichtung aufgezeigt.

Es bleibt zu hoffen, dass die Spirale der Vertrauenszerstörung durch das wechselseitige Attestieren eines ›Vernichtungswillens‹ nicht sich weiterdreht wie bei der Bedrohung durch Aufrüstung, wo die Angst vor Bedrohung die weitere Aufrüstung anstößt, wobei wie bei der Aufrüstung auch bei diesem Angriff auf die Denkungsart die westliche ›Werte-Gemeinschaft‹ den offensiveren Part zu spielen scheint. Diese Hoffnung stützt sich auf eine vage Vermutung: Auf Seiten von Putin und der russischen Regierung könnte noch mehr Erinnerung an Kant (oder vielleicht eine genauere Lektüre?) lebendig sein. Wird jedoch auf beiden Seiten das »Vertrauen auf die Denkungsart des Feindes« fortschreitend zerstört, dann, so die stringente Analyse Kants, ist der Übergang in den »Ausrottungskrieg (bellum internecium)« zwingend gesetzt. Gegenwärtig gibt es ein Beispiel, wo dieser Prozess der Zerstörung des Vertrauens schon bestürzend weit fortgeschritten ist: Die israelische Regierung hat kein »Vertrauen in die Denkungsart des Feindes« (hier: der Hamas) mehr und deswegen den Übergang zum Ausrottungskrieg bereits vollzogen. Die israelische Armee tötet jeden, von dem sie vermutet, er gehöre zur Hamas. Der israelische Verteidigungsminister erklärt, Hamas-Mitglieder seien nicht Menschen, sondern »menschliche Tiere« – und seien entsprechend zu behandeln, also z. B. auszuhungern. Da die palästinensische Bevölkerung von den Hamas-Mitgliedern nicht strikt geschieden werden kann, geht die israelische Armee inzwischen zur Tötung der palästinensischen Bevölkerung insgesamt über und dokumentiert damit: Den israelischen Machthabern fehlt jede Erinnerung an Kants *Zum ewigen Frieden*. Auf der anderen Seite spiegelt die Hamas, was auf israelischer Seite passiert; auch hier kann man wenig Kant finden. Bei den Mächtigen auf beiden Seiten ist eine

verrohte, wechselseitig sich übertreffen wollende Ausrottungsabsicht zustande gekommen – mit den allerentsetzlichsten Folgen für die palästinensische Bevölkerung.

Der ›gerechte Krieg‹ und der ›ungerechte Feind‹

Die These, Kriegführen sei ein geeignetes oder zumindest überhaupt ein Mittel, um zu einem wahren Frieden zu kommen, weist Kant strikt zurück. »[...] der Krieg [ist; U.R.] doch nur das traurige Nothmittel im Naturzustande [...] (wo kein Gerichtshof vorhanden ist, der rechtskräftig urteilen könnte) [...]« (Kant 1968a, 346). In solchen Kriegen versuche jede Seite, durch Gewalt ihr Recht zu behaupten – was sich im gegenwärtigen Ukraine-Krieg so zeigt: Russland sieht sich im Recht und behauptet sein Recht, indem es ukrainische Städte bombardiert. Der ›freie Westen‹ sieht sich im Recht und behauptet sein Recht, indem er NATO-Truppen an die Westgrenze Russlands verlegt, die ukrainische Armee massiv aufrüstet und ukrainische Soldaten für die Interessen der NATO (vulgo: für die ›Freiheit‹) kämpfen, töten und sterben lässt. Über solches Kriegführen urteilt Kant nüchtern: »[...] keiner von beiden Theilen [kann; U.R.] für einen ungerechten Feind erklärt werden [...] (weil das schon einen Richterspruch voraussetzt)« (Kant 1968a, 346) – und weil eine kriegführende Partei nicht selbst der Richter sein könne. In seiner Rede zum 300. Geburtstag von Kant, vertritt der deutsche Bundeskanzler nun genau die Position, die Kant explizit kritisiert: Scholz erklärt Russland »für einen ungerechten Feind«. Der Krieg gegen einen solchen Feind sei gerechtfertigt und eine, wenn nicht gar die vorrangige nationale Aufgabe. Deswegen habe er, Scholz, eine ›Zeitenwende‹ ausgerufen. Mag es vor der ›Zeitenwende‹ Personen (insbesondere auch in der SPD) gegeben haben, die, anknüpfend an Gorbatschows ›gemeinsames Haus Europa‹ von gemeinsamer Sicherheit in einem und durch einen Prozess der Abrüstung sprachen, so stellt Scholz mit der ›Zeitenwende‹-Rede klar: Russland ist *der* ungerechte Feind schlechthin, denn es unternehme einen ungerechten (›völkerrechtswidrigen‹) ›Angriffskrieg‹ gegen die Ukraine und damit gegen den Westen und dessen ›Werte‹ (gegen die ›Freiheit‹). Scholz' ›Zeitenwende‹ impliziert die Abwendung von allen in die Vergangenheit verwiesenen Versuchen einer Verständigung mit Russland, einer Verständigung, die nur möglich ist, wenn man die russischen Interessen versteht, und impliziert insbesondere die Zurückweisung von pazifistischen Positionen wie die des dem ewigen Frieden verpflichteten Kant.

Jene ›Zeitenwende‹ ist eine Wende hin zu einer Zukunft in der Kriegsertüchtigung, die den Frieden verunmöglicht und das Risiko eines Weltkriegs erhöht.

Wie kann, so fragt Kant weiter, das verhängnisvolle und »heillose« Kriegführen ausgehen? (in Parenthese: Thomas von Aquin rechtfertigte das Kriegführen mit der Aussicht auf ein vorwiegend als religiös vorgestelltes Heil; mit dieser Aussicht werde der eben darauf abzielende Krieg ›gerecht‹; für den Aufklärer und Kritiker des Aquinaten Kant dagegen ist das Kriegführen eo ipso und expressis verbis »heillos«) Die Staaten, untereinander im »Naturzustand«, greifen zur Gewalt des Krieges. Jede der Seiten behauptet von sich, einen ›gerechten‹ Krieg zu führen, und behauptet, dieser Krieg sei aus der Perspektive und von den Interessen des Feindes her betrachtet, ein ›ungerechter‹ Krieg. Aber keine der Seiten, so der nüchtern und nicht kriegstrunken urteilende Kant, könne »für einen ungerechten Feind erklärt werden«. Was könne in der Wirklichkeit eines solchen kriegerischen Kampfes um das Recht und den gerechten Krieg den Ausschlag geben? Kant erwägt in einer den Irrwitz eines solchen Kampfes aufzeigenden Variante: Ein »so genannte[s] Gottesgericht[] entscheidet, auf wessen Seite das Recht ist« (Kant 1968a, 347). Könnte auf diese Weise eine Seite seinen Sieg als den Sieg des Rechts ausgeben, dann verstellte gerade ein solches Gottesgerichts-Urteil den Weg zum wahren Frieden, so der Aufklärer Kant.

Aus der Zerstörung des »Vertrauen[s] auf die Denkungsart des Feindes« und damit rückwirkend auch der eigenen Denkungsart folgt noch ein weiteres: Staaten gestalten ihre jeweiligen Kriege als – aus ihrer Sicht – »Bestrafungskrieg (bellum punitivum)« (Kant 1968a, 347). Russland solle bestraft werden und auch die Hamas zusammen mit der palästinensischen Bevölkerung in Gaza, weil letztere sich nicht von der Hamas distanzieren. Kant wendet gegen den bellum punitivum (in der Tradition gilt der Bestrafungskrieg als eine Variante des ›gerechten‹ Kriegs – Krieg sei die ›gerechte‹ Bestrafung für ein erlittenes ›Unrecht‹) ein, dass zwischen Staaten »kein Verhältniß eines Obern zu einem Untergebenen stattfindet« (Kant 1968a, 347) – also argumentiert Kant: Da es keinen Gerichtshof und keinen Richterspruch geben und deswegen ein Feind nicht als ›ungerecht‹ beurteilt werden könne, könne es weder einen ›gerechten‹ Krieg noch eine Bestrafung eines ›ungerechten‹ Feindes geben.

Eine *mélange infernal*

Auf den voranstehenden Seiten wurde am Text der Scholz'schen Rede aufgezeigt, wie der den Weg zur Kriegsertüchtigung bahnende Festredner den pazifistischen Kant versteht, wie er dessen »Bedeutung für eine konfliktreiche Gegenwart« herauszustellen weiß, wie er die Kant'sche Philosophie belobigt und als Fundament der westlichen ›Werte-Gemeinschaft‹ preist. Es kennzeichnet bürgerliche Herrschaft, dass die machthabenden Politiker ›hoch angesiedelte‹ philosophische Ideen wie die des Friedens oder die der Freiheit bemühen, um Zustimmung für ihre gewalttätigen Staatsprojekte (wie das Führen eines Krieges) zu erheischen. Analysiert man, was die Begriffe ›Frieden‹ oder ›Freiheit‹ beinhalten, kommt man an Kants *Zum ewigen Frieden* oder an Kants transzendentaler Idee der Freiheit nicht vorbei. Eine sorgfältige Analyse nehmen die Politiker jedoch nicht vor; eine solche sei, wie sie urteilen, für sie ohne Belang. Ungeachtet dessen propagieren sie, der von ihnen forcierte Krieg (z. B. der des Westens in der Ukraine oder der Israels in Gaza) stehe im Einklang mit dem, was sie unter den Termini ›Frieden‹ und ›Freiheit‹ in Umlauf bringen. Vergegenwärtigt man sich nur eine Sekunde lang, was bei Kant zu ›Frieden‹ und ›Freiheit‹ steht, dann erschüttert einen der Aberwitz, dass ukrainische Soldaten gutgläubig meinen, sie töteten oder stürben für die Freiheit und für den Frieden. Bürgerliche Machthaber (in einem sehr weiten Sinne kann man die telegenen Repräsentanten von Think-Tanks und die professoralen Polit-Berater hinzuzählen) stellen ein fiktionales Konstrukt her, was im mainstream unter ›Frieden‹ oder unter ›Freiheit‹ verstanden werden soll und was eine nicht aufzudröselnde *mélange infernal* aus passenden und Praxis-tauglichen Politik-Vokabeln und vagen Reminiszenzen an die Kant'sche Philosophie darstellt. Diese *mélange* enthält, betrachtet man ihre Komponenten als einzelne, miteinander unvereinbare Widersprüche. Oben wurde aufgezeigt, dass dasjenige, was Kant unter ›Frieden‹ versteht, und dasjenige, was Pistorius qua Kriegsertüchtigung anstrebt, nicht in Einklang zu bringen sind. Gleichwohl gibt es diese *mélange* oder besser: sie wird hergestellt. Was miteinander inkompatibel ist, wird zusammengerührt – wofür Scholz' Rede ein Demonstrationsbeispiel ist. Und diese *mélange* ist wirkmächtig und für das Politik-Geschäft unverzichtbar. Man stelle sich nur vor, Politiker versuchten es ohne sie. Dann müssten sie ihre Kriege im Klartext ansprechen, am Beispiel des Ukraine-Kriegs: Die einzig verbliebene Weltmacht nutzt die Chance, um ihre Vormacht in Eurasien auszubauen und den vormaligen Konkurrenten und

Bündnispartner des zukünftigen Weltmacht-Rivalen China massiv zu schädigen, wenn nicht gar als politische Macht zu vernichten. So reden die Politiker aber nicht. Denn jeder der von ihnen Unterworfenen und Benutzten fragte dann: Warum soll ich für amerikanische Weltmacht-Interessen andere Menschen töten oder selbst sterben? Aber für ›Frieden‹ und ›Freiheit‹ sterbe ich gerne, denn das ist doch meine ›Freiheit‹ und das ist unser ›Frieden‹. Die ›Qualität‹ der *mélange*, miteinander Unvereinbares ununterscheidbar ineinander verschmolzen zu haben, zeigt sich bei denjenigen, denen sie angedreht wird. Im Bewusstsein dieser für die amerikanischen Weltmacht-Interessen Verheizten erweckt sie eine Anspielung auf die bei Kant mit Frieden und Freiheit verbundene Emphase, wirkt mithin als Leimrute für ein die Vorstellungskraft überschreitendes Tun. Und für das Ausüben der Herrschaft eignet sich die *mélange* vorzüglich: Wir schlagen Schaum (die *mélange* ist ein fabelhafter Schaum), wir seifen ein und barbieren die bereitwillig Eingeseiften um so gründlicher. Für den Schaum und das Einseifen taugt keine einzige Passage bei Kant. Insofern ist es eine anspruchsvolle Aufgabe für die Think-Tanks bis hin zu Scholz, eine solche *mélange* herzustellen. Auf der einen Seite müssen die Ideologie-Anrührer der Kant'schen Philosophie einen beträchtlichen Tort antun, nämlich sie in das Gegenteil dessen verkehren, was der Geist dieser Philosophie ist. Auf der anderen Seite soll doch noch ein Duft von Kant zu verspüren sein, denn ganz ohne verfinde der Leimruten-Effekt nicht.

Bisher wurde aufgezeigt, dass die *mélange infernal* miteinander Unvereinbares in sich enthält und welche Funktion solcherart ›Vereinigung‹ hat. Erinnerung man sich an Kants Argumentation, springt ins Auge, dass die *mélange* und der originale Kant miteinander inkommensurabel sind. Kants unbedingter Pazifismus, sein höchstes Gut und seine Idee eines ewigen Friedens, all das hat mit der Kriegspolitik der deutschen Regierung nicht das Geringste zu tun und geht nicht damit zusammen, dass die USA ihren Weltmachtsanspruch auf dem gesamten Globus mit Krieg, beständiger Kriegsvorbereitung und Kriegsandrohungen durchsetzen. Ungeachtet logischer Konsistenz und intellektueller Redlichkeit, nach der Kant nicht in sein glattes Gegenteil verkehrt werden darf, erklärt Scholz Kant zum geistigen Paten für die Kriegsertüchtigung Deutschlands. Kants Texte und die Reflexion auf deren Gehalt sind die Referenz, mittels derer nachzuweisen ist, dass und wie Scholz den Geist der Kant'schen Philosophie ver- und umdreht. Diese Referenz ist freilich eine aus dem 18. Jahrhundert, als solche für die Beurteilung heutiger Politik hilfreich, aber nicht zureichend. Denn es gibt für die

Kant'schen Philosophie so etwas wie den Zeitindex ihrer Wahrheit. Um die logische Konsistenz jener *mélange* zu überprüfen, reicht es durchaus, sich auf den originalen Kant-Text zu beziehen, ohne über jenen Zeit-Index nachzudenken. Von einem solchen kritischen Verfahren soll auch nicht abgerückt werden. Will man jedoch den heutigen politischen Gehalt dieser *mélange* begreifen, dann reicht es nicht, sich auf einen aus dem 18. Jahrhundert wortgenau ins 21. Jahrhundert versetzten Text zu berufen und diesen ohne Reflexion auf die Geschichte als eine fixe Referenz zu verwenden. Denn Kants Philosophie ist keine überzeitliche, immerwährende und unverrückbare *philosophia perennis*. Dies soll im Folgenden anhand von Kants Bestimmungen des Subjekts auf dem Weg zum ewigen Frieden aufgezeigt werden.

Die zweite Natur und die moralisierenden Politiker

Eine Crux der Kant'schen Konzeption liegt in der Beantwortung der Frage: Wer oder was ist das Subjekt, das jenen Weg beschreitet oder beschreiten soll? Scholz sagt allen Ernstes und ohne Verständnis für Kants Schrift, es seien die Staaten des Westens, die sich ohnehin bereits auf diesem Weg befänden. An dem Text der Rede wurde aufgezeigt, dass Scholz einen formidablen *guazzabuglio* dadurch anrichtet, dass er die Rechtfertigung deutscher Kriegspolitik und ein verfälschendes Kant-Referat zusammenrührt.

Wenn nun die Staaten und die Staatsführer als Subjekte, die den ewigen Frieden, und zwar nicht den »auf dem großen Kirchhofe der Menschengattung«, zum Ziel haben, nicht in Frage kommen, wie ist dann das Subjekt beschaffen, das tatsächlich auf den Weg zum ewigen Frieden sich begeben kann und dies auch soll? Um dieses Subjekt zu charakterisieren, formuliert Kant für es eine unbedingt geltende *Maxime*: »Trachtet allererst nach dem Reiche der reinen praktischen Vernunft und nach seiner *Gerechtigkeit*, so wird euch euer Zweck (die Wohlthat des ewigen Friedens) von selbst zufallen.« (Kant 1968a, 378) Es sei gerade das »Eigenthümliche[]« der Moral, »daß, je weniger sie das Verhalten von dem vorgesetzten Zweck, dem beabsichtigten, es sei physischem oder sittlichem, Vortheil, abhängig macht, desto mehr sie dennoch zu diesem im Allgemeinen zusammenstimmt« (Kant 1968a, 378). Soll das grundlegende moralische Prinzip, einen Menschen niemals bloß als Mittel zu gebrauchen, sondern zugleich selbst als Zweck zu betrachten, nicht nichtig sein, muss es erstens grundsätzlich verwirklichbar sein und zweitens muss ein Subjekt existieren, das dieses Prinzip

zu verwirklichen sucht. Die Frage, wer (oder was) dieses Subjekt sei, beantwortet Kant: Es sei »der a priori gegebene allgemeine Wille (in einem Volk, oder im Verhältniß verschiedener Völker unter einander) [...], der allein, was unter Menschen Rechtens ist, bestimmt« (Kant 1968a, 378). Und er postuliert: »diese Vereinigung des Willens Aller [...], wenn nur in der Ausübung consequent verfahren wird«, könne »auch nach dem Mechanism der Natur zugleich die Ursache sein [...], die abgezweckte Wirkung hervorzubringen und dem Rechtsbegriffe Effect zu verschaffen.« (Kant 1968a, 378) Doch genau hier liegt das Problem: Es ist nicht so einfach, wie es zu sein scheint und wie Kant hier unterstellt. Der »Mechanism der Natur« ist nicht schlicht ein bloßes Werkzeug für den a priori gegebenen allgemeinen Willen, an sich selbst zweckfrei und gleichgültig gegen jeden Zweck. Vielmehr schließt der »Mechanism der Natur« das ein, was unter der »gesellschaftlichen Natur« der kapitalistischen Produktion gefasst wird: Das Kapitalverhältnis wirkt wie eine »zweite Natur« gegenüber den Produzenten. In diese »zweite Natur« ist aufgrund der Herrschaft des Kapitals über die lebendige Arbeit eine Verkehrung der Moral eingewandert: die lebendige Arbeit, die Verkörperung der »Kausalität aus Freiheit«, wurde zum Mittel der Produktion von Mehrwert und kann deswegen nicht zugleich Zweck an sich selbst sein. Also scheitert die von Kant erhoffte Wirksamkeit des a priori gegebenen allgemeinen Willens in der empirischen Welt dadurch, dass der »Mechanism der Natur« diesem gegenüber nicht neutral ist, sondern ihn blockiert, wenn nicht gar lähmt. Anders formuliert: Solange die kapitalistische Produktionsweise herrscht, ist es ausgeschlossen, dass der a priori gegebene allgemeine Wille sich verwirklichen kann. – Eine solche Gestalt des »Mechanism der Natur« kannte Kant nicht, und konnte sie auch nicht antizipieren. – An dieser Stelle treten nun Politiker auf den Plan, die vormals als »links« sich verstanden oder zumindest so sich gerierten. (Aktuell kann man an Baerbock und Habeck, vor 25 Jahren an Joschka Fischer denken.) Bereits zu Kants Zeiten ist dieser Typus Politiker einschlägig; Kant fasst ihn unter dem Terminus »politische Moralisten« oder »moralisierende Politiker«. Sie »vernünfteln«, so Kant, »über den Naturmechanism einer in Gesellschaft tretenden Menschenmenge« und behaupten, dieser »Naturmechanism« »entkräftete« das grundlegende moralische Prinzip und werde dessen Absicht »vereiteln«. Ein solches »Entkräften« moralischer Grundsätze in der kapitalistischen Wirklichkeit nehmen diese moralisierenden Politiker ja durchaus wahr, verstehen aber nicht den Grund dafür.

So kommen sie darauf – und das ist der entscheidende Übergang und theoretische Missgriff –, das moralische Gesetz als ›rein theoretisch‹ und, folgend dem positivistischen Zeitgeist, als belanglos für die gesellschaftliche Wirklichkeit zu erklären, was, bedenkt man die Implikation des moralischen Gesetzes, letzteres auslöscht – auslöscht als das der Möglichkeit nach bestimmende Prinzip. In der Konsequenz solchen Nichtig-Erklärens des fundamentalen moralischen Gesetzes behaupten die moralisierenden Politiker dann, die menschliche Natur sei bereits im Grundsatz unfähig, nach den Prinzipien der Kant'schen Moral (vgl. Kant 1968c, 429 und passim) oder, wie man hier einsetzen kann, nach den Prinzipien der Bergpredigt (vgl. Neue Jerusalem Bibel 2007, Mt 5-7) zu handeln. Diese Behauptung ist für Kant der zentrale Angriff auf alles, was menschliche Vernunft ausmacht. Deswegen polemisiert Kant heftigst gegen die moralisierenden Politiker: Sie beschönigen die Prinzipien des herrschenden Staates (heutzutage zu ergänzen: und die moralwidrige kapitalistische Produktionsweise), indem sie »der jetzt herrschenden Gewalt zum Munde reden (um ihren Privatvortheil nicht zu verfehlen)« (Kant 1968a, 373) – und dies alles »unter dem Vorwande einer des Guten nach der Idee, wie sie die Vernunft vorschreibt, nicht *fähigen* menschlichen Natur«, was bedeutet, dass diese Politiker »das Besserwerden [der menschlichen Natur; U.R.] *unmöglich machen* und [die Verletzung des moralischen Gesetzes in der kapitalistischen Produktionsweise; U.R.] verewigen.« (Kant 1968a, 373) So bewegen sich die moralisierenden Politiker im Rahmen der kapitalistischen Produktionsweise und der herrschenden Gewalt des bürgerlichen Staates, dichten dieser »verschmitzten Gewalt die Autorität an[...], der Ursprung und der Verband alles Rechts zu sein [Demokratie und Marktwirtschaft als das Modell für eine moderne Gesellschaft; U.R.]« (Kant 1968a, 376), leugnen das fundamentale moralische Gesetz (indem sie die menschliche Natur als für die Kant'sche Moral unfähig erklären, erklären sie die Idee eines solchen Gesetzes für nichtig) und richten ihr Handeln an moralisierend angetünchten Zwecken aus.

Fazit: Eine eigentümliche Kopplung zweier gegensätzlich zu sein scheinender moralphilosophischen Thesen kennzeichnet die Position der moralisierenden Politiker: A. Ein unbedingt geltendes, die Menschen verpflichtendes moralisches Prinzip (sei es das Kant'sche moralische Gesetz, sei es die Bergpredigt) wird mit dem Argument zurückgewiesen, ein solch fundamentales Prinzip sei bloß ideell (›rein theoretisch‹) bestimmt und für den empirischen Menschen ›zu hoch‹ angesiedelt. Es in die Tat umzusetzen, dazu seien die Menschen generell unfähig.

Deswegen sei es für die gesellschaftliche Wirklichkeit ohne Belang. B. Politisches Handeln soll ›moralischen‹ Zwecken dienstbar gemacht werden, wobei das, was als ›moralisch‹ legitimiert sei, unmittelbar dem positivistisch verfahrenen (alias ›gesunden‹) Menschenverstand einleuchten müsse und nicht der Reflexion auf ein moralisches Gesetz wie bei Kant bedürfe. (Beispiele: Frauen in Afghanistan werden unterdrückt, dies evoziert moralische Empörung, um in Zukunft Frauenunterdrückung zu verhindern, werden US-Truppen nach Afghanistan entsandt; im Kosovo geschehen Verbrechen, damit wird legitimiert, eine ›humanitäre Intervention‹ zu beginnen: die NATO bombardiert Belgrad; russische Soldaten vergewaltigen Frauen in der Ukraine, deswegen werden Waffen an die Ukraine geliefert). Moralisierende Politik firmiert gegenwärtig unter dem angesagten Terminus ›Werte-basierte Außenpolitik‹. An letzterer lässt sich das Potential demonstrieren, das in der dargelegten Kopplung liegt. Kriege werden unter der Maßgabe angezettelt, für als ›moralisch gut‹ ausgegebene Zwecke zu kämpfen. Ersichtlich verstößt Kriegführen gegen das unbedingt geltende, durch keinen auch noch so moralisch gut ausgegebenen Zweck außer Kraft zu setzende moralische Gesetz. Wird nun, wie passend, in These A das moralische Gesetz als jenseits menschlicher Fähigkeiten stehend erklärt, kann es gar nicht durch das Geschehen in der empirischen Welt verletzt werden. Deswegen befürworten (und forcieren) moralisierende Politiker den ›gerechten‹ Krieg. Sie teilen die politisch Handelnden in ›die Guten‹ und in ›die Bösen‹ ein. Dass eine solche Einteilung selbst schon dem moralischen Gesetz widerspricht – kein Problem, dieser Widerspruch sei ›rein theoretisch‹ und könne mit These A weggewischt werden. Desgleichen haben moralisierende Politiker kein Problem damit, dass, wenn es den bösen Feind trifft, ein ›gerechter‹ Krieg in einen Vernichtungskrieg übergeht – neben Baerbock und Strack-Zimmermann fällt auch Netanjahu in die Klasse der moralisierenden Politiker.

Die Kopplung der Thesen A und B beim moralisierenden Politiker kritisiert Kant mit scharfen Formulierungen: »diese[] Schlangenwendungen einer unmoralischen Klugheitslehre, den Friedenszustand unter Menschen aus dem kriegerischen des Naturzustandes herauszubringen [...]« (Kant 1968a, 375). Moralisierende Politiker scheuen sich nämlich, ihre auf Kriege zielenden Taten (Waffenlieferungen, Handelssanktionen, Manöver, sonstige Drohungen) »bloß auf Handgriffe der Klugheit zu gründen« (Kant 1968a, 376), also öffentlich auszusprechen, es gehe ihnen – im Beispiel – darum, die Vorherrschaft der

verbliebenen Weltmacht und das Zurückstufen des vormaligen Konkurrenten möglichst effizient durchzusetzen. Sie »getrauen« sich nicht, dem Begriffe des moralischen Gesetzes »allen Gehorsam aufzukündigen«, sondern wollen »ihm alle gebührende Ehre widerfahren lassen« (Scholz hält ja eine Eloge auf Kant und dessen, wie er lobpreist, »großartige Schrift *Zum ewigen Frieden*«). Zugleich ersinnen sie »hundert Ausflüchte und Bemäntelungen«, um dem moralischen Gesetz in der Praxis auszuweichen. Solcherart Finessen der moralisierenden Politiker decouvriert Kant als »Schlangenwendungen«. »Um dieser Sophisterei (wenn gleich nicht der durch sie beschönigten Ungerechtigkeit) ein Ende zu machen und die falsche *Vertreter* der Mächtigen der Erde zum Geständnisse zu bringen, daß es nicht das [auf dem moralischen Gesetz gründende; U.R.] Recht, sondern die Gewalt sei, der sie zum Vortheil sprechen [...], wird es gut sein, das Blendwerk aufzudecken, womit man sich und andere hintergeht, das oberste Princip, von dem die Absicht auf den ewigen Frieden ausgeht, ausfindig zu machen und zu zeigen: daß alles Böse, was ihm im Wege ist, davon herrühre [...]« (Kant 1968a, 376). Das Blendwerk besteht darin, dass der moralisierende Politiker die sein Handeln leitenden Zwecke als »moralisch« ausgibt, zugleich aber das, was die Moralität der Zwecke überhaupt erst begründen kann, nämlich das moralische Gesetz, hintanstellt und mehr noch: für nichtig erklärt. Damit, so Kant, verkehre der moralisierende Politiker die systematisch gebotene Reihenfolge; er ordne das moralische Prinzip einem einzelnen, als moralisch verstandenen Zweck unter, was, so Kant, bedeute, die Pferde hinter den Wagen zu spannen (vgl. Kant 1968a, 376). Dieses Die-Pferde-hinter-den-Wagen-Spannen bedeutet nicht nur, dass der moralisierende Politiker beteuern kann, der Zweck (z. B. unterdrückte Frauen in Afghanistan oder in der Ukraine zu schützen) heilige die Mittel (Bombardieren, Waffen liefern), sondern dass »das Böse«, was dem ewigen Frieden im Wege ist, diesen blockiert, ja sabotiert, gerade durch jene Verkehrung der Reihenfolge überhaupt erst *hergestellt* wird. Diese Verkehrung bedeutet: Die Mittel werden durch »der Zweck heiligt die Mittel« freigesprochen. Sie ist eine »verderbliche Theorie«, die »das Übel wohl gar selbst bewirkt, was sie vorhersagt« (Kant 1968a, 378).

Was charakterisiert diese moralisierenden Politiker? Sie erklären das moralische Gesetz für nichtig (A). *Pari passu* verabschieden sie die grundsätzliche Kritik der kapitalistischen Produktionsweise. Dann setzen sie, sich stützend auf den »gesunden« Menschenverstand, einzelne als moralisch herausgeputzte Zwecke

in Szene (B) und orientieren an diesen ihr politisches Handeln innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise und des bürgerlichen Staates und inmitten der Konkurrenz mit weniger moralisierend auftretenden Politikern. Dieser Herrschaft stimmen sie nicht zuletzt deswegen zu, weil sie ein unbedingt geltendes, fundamentales moralisches Gesetz verabschiedet haben (A). Aus dem Setzen jener einzelnen Zwecke und der Parteinahme für die gegenwärtige Gesellschaft folgt für die moralisierenden Politiker: Sie propagieren mit Verve den ›gerechten‹ Krieg. Und genau so verläuft der Weg zur Hölle. Er ist gepflastert mit guten Vorsätzen von sich als gut empfindenden Menschen, die sich über das Böse empören und die aus solch moralischer Empörung heraus mit dem allerbesten Gewissen für die Instrumente des Tötens (für Waffen, für immer mehr und bessere Waffen) eintreten. Doch Waffenlieferungen befeuern den Krieg, wodurch immer weitere Gründe für moralisch motivierte Waffenlieferungen geschaffen werden. So werden die moralisierenden Politiker in ihrem Sich-selbst-besser-und-dem-bösen-Feind-überlegen-Fühlen bestärkt – das gilt von Strack-Zimmermann bis Netanjahu. Für Kant ist genau dies der Weg in die moralische Barbarei. Das Herausstellen von moralisch aufgeplusterten Zwecken, während gleichzeitig bei der Wahl der Mittel das fundamentale moralische Gesetz zurückgewiesen wird, produziere gerade das Böse. So fahren die moralisierenden Politiker fort, sich selbst auf der Seite des Guten wähnend und damit zugleich, indem sie mit allerbestem Gewissen die Werkzeuge des Tötens liefern, das Böse befördernd. Auf solche Weise angetrieben geht es ad infinitum in die Barbarei, wenn nicht endlich – und hier kann man sagen: mit Kant, allerdings erst nachdem er aus den Fängen der Scholz'schen Bearbeitung befreit worden ist! – Vernunft einkehren wird.

Was also tun? »Der *kritische* Weg ist allein noch offen.« (Kant 1976, 766) An dem fundamentalen Kant'schen Prinzip ist festzuhalten und auch an dem a priori gegebenen allgemeinen Willen. Jedoch muß, auf der Grundlage des heutigen Wissens um die kapitalistische Produktionsweise, Kants Naivität bezüglich der »große[n] Künstlerin *Natur* (*natura daedala rerum*), aus deren mechanischem Laufe sichtbarlich Zweckmäßigkeit hervorleuchtet« (Kant 1968a, 360), kritisiert werden, als könnte der allgemeine Wille vermittels des »Mechanism der Natur« so einfach sich durchsetzen. Das kann er gerade nicht. Solche Naivität macht Kant zum bürgerlichen Philosophen. Kant wusste nicht, was geschieht, wenn der Zusammenhang der Menschen durch die kapitalistische Produktionsweise gestiftet wird. Diese zweite Natur ist die Quelle von Krieg. Jean Jaurés: Der

Kapitalismus trägt den Krieg in sich wie die Wolke den Regen. Diese durch die kapitalistische Produktionsweise hervorgebrachte zweite Natur kann nur auf der Grundlage des allgemeinen moralischen Prinzips kritisiert werden. Ohne Abschaffung des Kapitalismus werden die durch ihn immer neu erzeugten Kriege nicht aufhören, und es werden im Schlepptau immer wieder moralisierende Politiker auf den Plan treten, die vorgeben, Frieden zu schaffen mit immer mehr Waffen.

Literatur

Kant, Immanuel (1968a): *Zum ewigen Frieden. Ein philosophischer Entwurf*. In: *Kants Werke. Akademie-Textausgabe. Band VIII*. Berlin.

Kant, Immanuel (1968b): *Metaphysische Anfangsgründe der Rechtslehre*. In: *Kants Werke. Akademie-Textausgabe. Band VI*. Berlin.

Kant, Immanuel (1968c): *Grundlegung zur Metaphysik der Sitten*. In: *Kants Werke. Akademie-Textausgabe. Band IV*. Berlin.

Kant, Immanuel (1976): *Kritik der reinen Vernunft*. Hrsg. v. Schmidt, Raymund. Hamburg.

Neue Jerusalemer Bibel (2007). Hg. v. Deissler, Alfons u. Vögtle, Anton. Freiburg.

Scholz, Olaf (2024): *Rede von Bundeskanzler Scholz beim Festakt zum 300. Geburtstag von Immanuel Kant am 22. April 2024 in Berlin*. <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/rede-von-bundeskanzler-scholz-beim-festakt-zum-300-geburtstag-von-immanuel-kant-am-22-april-2024-in-berlin-2272896>